

# Möge das Jahr 2024 sicherer und friedlicher werden

*Wenn Optimisten vor dem 24. Februar 2022 gesagt hätten, dass wir in den sichersten Zeiten mit dem höchsten Wohlstand leben, hätten viele, auch Pessimisten, zugestimmt.*



**Oberst Dominik Knill**  
Präsident SOG

Der Pessimist sah vor dem russischen Angriff den Höhepunkt erreicht und erwartete einen Abwärtstrend. Gut zwei Jahre später gibt ihm die aktuelle Situation leider Recht. 2023 war geprägt von Unsicherheiten, Ängsten und viel Ratlosigkeit. Wo zuvor Zuversicht, pragmatische Gelassenheit und eine gehörige Portion (Zweck-)Optimismus die Sorgen und Ängste in die Schranken wiesen, bleibt das unguete Gefühl, sich auf Entbehrungen einstellen zu müssen. Geht es uns (noch) zu gut, als dass wir uns ernsthaft Gedanken über bevorstehende Bedrohungen machen müssten? Das könnte sich rächen, wenn sich die globale Sicherheitsordnung immer weniger am Völkerrecht und an unseren Werten orientiert. Autoritäre Machtpolitik bricht zunehmend unsere regelbasierten universellen Vereinbarungen und Gesetze.

Dem Aufschrei freiheitlich-demokratischer Nationen, wenn die UN-Charta verletzt wird, folgen immer weniger harte Konsequenzen. Macht- und Territorialansprüche in Venezuela, Aserbaidschan und Äthiopien werden im Schatten des Ukraine-Kriegs an Fahrt gewinnen. Weitere Nachahmer-Staaten werden folgen. Sind die Staaten des Nahen Ostens bereit, sich militärisch durchzusetzen, wenn Einflussphären gewaltsam verschoben werden? Nicht sicher, zu unterschiedlich sind die Eigeninteressen. Israel kämpft seit Monaten gegen eine bewaffnete, nichtstaatliche Terrororganisation. Nur mit massivem Waffeneinsatz gelingt es, einen unterlegenen Gegner zu dezimieren. Klassische zwischenstaatliche Kriege und innerstaatliche Konflikte nehmen tendenziell zu. Der Einfluss regelbasierter demokratischer Staaten, die sich dem Völkerrecht verpflichtet fühlen und haben, wird zunehmend

durch autoritäre und imperialistische Regierungen in die Schranken gewiesen. Das Dilemma zwischen Selbstschutz und kollektivem Schutz wird sich im Zuge der Ressourcenallokation verschärfen.

Der Krieg in der Ukraine zeigt auf brutale Weise, was es bedeutet, unsere (westliche) Weltordnung zu verteidigen und die dafür notwendigen Ressourcen konsequent bereitzustellen. Weder die USA und schon gar nicht die EU/NATO werden globale militärische Auseinandersetzungen verhindern (können). Solange eine gemeinsame Priorisierung fehlt und nationalistische Differenzen dominieren, wird dies Völkerrechtsbrecher kaum davon abhalten, Grenzen zu verschieben. Zwei grosse Friedensmissionen in Afrika (Mali und Kongo-Kinshasa) wurden auf Ende 2023 eingestellt. Mit den zunehmenden Spannungen im Nahen Osten und der ambivalenten Positionierung der UNO im Israel-Hamas-Konflikt kann nicht ausgeschlossen werden, dass mit der Untso eine der ältesten UNO-Missionen ihre Legitimation verliert. Dies zeigt, wie schwierig es für die Weltgemeinschaft ist, sich in einer zunehmend multipolaren Weltordnung durchzusetzen.

## Das Primat der Politik

2024 wird uns vor Augen führen, wie es um die Zukunft von Sicherheit und Wohlstand bestellt ist. Fortschritte und Erfolge in der Konflikt- und Krisenbewältigung werden dabei an Bedeutung gewinnen. Dazu ein Zitat von Thomas Hobbes, wobei die Reihenfolge der Grundsätze in Frage gestellt wird: «Der erste Grundsatz der Natur besteht darin, nach Frieden zu streben und sich ihm zu widmen. Der zweite, das Grundrecht der Natur, sich mit allen zur Verfügung stehenden Kräften zu verteidigen.» Das Militär steht unter dem Primat der Politik. Dies sichert die demokratische Stabilität und verhindert Militärdiktaturen.

Übernehmen Bundesrat und Parlament die Verantwortung, wenn die Armee ihren Auftrag nicht mehr erfüllen kann, weil ihr die finanziellen, materiellen und personellen Mittel nicht bereitgestellt werden? Ein «*mea culpa*» für Fehlentscheide, Unterlassungen und Versäumnisse kann gravierende Fähigkeitslücken nicht einfach so kompensieren. Wenn das Parlament, wie in der Wintersession geschehen, nicht bereit ist, der Armee die notwendigen Mittel zur Verfü-

gung zu stellen, ist dies nicht nur unverstänglich, sondern auch unverantwortlich. Wir können nur hoffen, dass die Schweiz nicht zum Ziel eines Angriffs wird. Aber: Hoffnung ist keine Strategie. Die erneute Beschwörung, dass der Feind, wie noch zu Zeiten der Armee 61, in Form der Roten Armee am Bodensee auftauchen wird, wenn wir nicht rasch aufrüsten, gilt es zu relativieren. Die Schweizer Armee muss wieder glaubwürdiger, schlagkräftiger und moderner werden. Die bewaffnete Neutralität muss durchsetzbar sein, eine möglichst grosse Autonomie sollte jedoch nicht als wahrscheinlichste Variante bevorzugt werden.

## Ausgezeichnete Wahl an Sepos-Spitze

Die SOG gratuliert Brigadier Dr. Markus Mäder zur Wahl als Staatssekretär und sichert ihm die volle Unterstützung zu. Als höherer Stabsoffizier kennt er die Anliegen der Armee bestens, verfügt über grosse Erfahrung in der nationalen und internationalen Sicherheitspolitik und ist ein profunder Kenner der militärischen Friedensförderung. Als ehemaliger Verteidigungsattaché ist er sicher auf dem diplomatischen Parkett. Eine ausgezeichnete Wahl, auch für die Armee. Wer glaubt, mit genügend negativer Kritik die Existenz des Staatssekretariates für Sicherheitspolitik (Sepos) wegdiskutieren zu können, verkennt Politik und Verwaltung. Mit Staatssekretär Mäder sollte nun Ruhe einkehren und das Sepos an Kontur gewinnen.

## ASMZ im 190. Jahrgang

Sie lesen die erste Ausgabe der ASMZ 2024, notabene im 190. Jahrgang. Seit über einem Jahr begleiten die SOG und die ASMZ-Kommission den Kostensenkungsprozess. Dank einem Verlagswechsel konnten Einsparungen erzielt, das Adressmanagement für die Sektionen verbessert und die Leistungen der digitalen ASMZ optimiert werden. Weitere Qualitätsverbesserungen sind vorgesehen. Damit Sie auch in einem Jahr noch eine qualitativ hochstehende Militärzeitschrift lesen können, kommen wir um eine moderate Erhöhung des Abonnementpreises nicht herum. An der DV der SOG vom 9. März werden die Delegierten über die Zukunft der ASMZ abstimmen. Wir danken Ihnen für Ihre Loyalität und Solidarität. ■